

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter Christian Frölich (CDU)

Umsetzung und Verwaltungsaufwand des „Bau-Turbos“ in Niedersachsen?

Anfrage des Abgeordneten Christian Frölich (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 09.09.2026

Mit dem sogenannten Wohnungsbaubeschleunigungsgesetz und den darin enthaltenen Sonderregelungen im Baugesetzbuch (u. a. der befristeten Experimentierklausel nach § 246e BauGB sowie den Neuregelungen in § 31 Abs. 3 und § 34 Abs. 3b BauGB) sollte die Schaffung von Wohnraum erleichtert und Planungs- sowie Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. In der kommunalen Praxis zeigt sich jedoch, dass das Versprechen von schnelleren Verfahren und Entbürokratisierung von neuen Dokumentations- und Berichtspflichten überlagert wird.¹

Ein aktuelles Beispiel hierfür ist das vom Bund initiierte und vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen an die Städte, Gemeinden und Samtgemeinden weitergeleitete „bundesweite Monitoring zur Anwendung des Bau-Turbos“. Über ein Datenmonitoring (zunächst vierteljährlich, anschließend halbjährlich) sollen die Bau- und Planungsämter vor Ort Excel-Tabellen zu jedem einzelnen Anwendungsfall pflegen und übermitteln.

1. Wie bewertet die Landesregierung den tatsächlichen praktischen Nutzen der Beschleunigungsinstrumente des „Bau-Turbos“ (insbesondere § 246e BauGB) in Niedersachsen im Verhältnis zu dem dadurch entstehenden bürokratischen Erfassungs- und Prüfaufwand? Plant die Landesregierung eine eigene unbürokratische Abfrage bei den niedersächsischen Kommunen zu den mit dem „Bau-Turbo“ umgesetzten Projekten?
2. Aus welchen Gründen leitet das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen die Abfragen und Excel-basierten Datenerhebungen des Bundes für das „Umsetzungslabor Bau-Turbo“ an die kommunalen Verwaltungen weiter? Inwieweit berücksichtigt es dabei die personellen Kapazitäten der Kommunen sowie die für die Beantwortung gesetzten Fristen?
3. Welche konkreten Initiativen plant die Landesregierung gegebenenfalls auf Bundesebene sowie im Landesrecht, beispielsweise durch Deregulierungen in der Niedersächsischen Bauordnung, um die unteren Bauaufsichtsbehörden weiter zu entlasten?

¹ Vgl. <https://www.merkur.de/lokales/freising/rudelzhausen-ort377202/buergermeister-will-bauturbo-einstampfen-nur-noch-mehr-buerokratie-94361451.html>.